

Fraktionserklärung

Thema	Fachplanung Hitzeminderung & zugehörige Umsetzungsagenda	
Für Rückfragen	Martina Novak, Gemeinderätin Shaibal Roy, Fraktionspräsident	+41 76 585 16 25 +41 76 336 19 77
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich, Postfach 3222, 8021 Zürich E-Mail info.zurich@grunliberale.ch , www.zurich.grunliberale.ch	
Datum	31. März 2021	

Cool Down Züri: Hitzeminderung ist ein wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Klimapolitik

Während die Klimaerwärmung ein globales Phänomen ist, sind ihre Auswirkungen unmittelbar lokal spürbar. Bereits heute verwandeln sich verschiedene Gebiete in der Stadt im Sommer in sogenannte «Hitzeinseln». Deshalb haben wir grünliberale den Stadtrat 2018 per Motion aufgefordert, einen departementsübergreifenden Massnahmenplan für eine Hitzevorsorge für die Stadt Zürich vorzulegen. Denn neben der Reduktion der Treibhausgasemissionen, sind Anpassungen an den Klimawandel essentiell. Mit der vorliegenden Fachplanung Hitzeminderung hat Zürich nun eine breite Analyse und Übersicht zur Hand, wie das Stadtklima künftig positiv beeinflusst werden kann. Die vorgesehenen Handlungsansätze zeigen auf, wie die negativen Auswirkungen der durch den Klimawandel ausgelösten steigenden Temperaturen für die Bevölkerung abgefedert werden können. Wir fordern, dass die Fachplanung nun konsequent umgesetzt wird.

Die Hitzeentwicklung hat direkte Auswirkung auf unsere Lebensqualität

Zürich heizt sich im Sommer tagsüber immer wieder überdurchschnittlich auf und kühlt nachts nur ungenügend ab. Die Anzahl der Hitzetage und Tropennächte wird bis 2040 erheblich zunehmen. Dies hat direkten Einfluss auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Stadtbevölkerung. Folgerichtig zielt die Fachplanung daher auf drei gewichtige Teilbereiche zur Hitzeminderung: weitere Überwärmung vermeiden, Kaltluftsystem erhalten, überwärmte Gebiete entlasten. Vor diesem Hintergrund erachten wir grünliberale es als wichtig, dass der Stadtrat die eigene Planung, Beratung und Förderung nach der neuen Hitzestrategie ausrichtet und wo nötig auch eine Anpassung von Gesetzesgrundlagen prüft. Insbesondere soll der Stadtrat die Fachplanung Hitzeminderung in den kommunalen Siedlungsrichtplan stringent einarbeiten: Dies ist bisher nur ungenügend geschehen, obschon die Vorlage die städtebauliche Entwicklung der nächsten Jahrzehnte prägen wird.

Konsequente Umsetzung und Wirkungsmessung der Hitzeminderungsmassnahmen sind entscheidend

Mit der Fachplanung Hitzeminderung begibt sich die Stadt auf einen Pionierpfad. Daher ist es wichtig die Erkenntnisse aus der Umsetzung laufend zu prüfen, weiterzuentwickeln und die Wirksamkeit der Massnahmen zu messen. Wir grünliberale begrüßen den departementsübergreifenden Ansatz der Fachplanung, fordern aber gleichzeitig mehr Verbindlichkeit sowie einen Fortschrittsbericht zuhanden des Gemeinderats: Konkret sollen bei allen städtischen Bauprojekten die in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze berücksichtigt und bei Projekten, die mittels Weisungen dem Gemeinderat vorgelegt werden, ein Weisungskapitel der Hitzeminderung gewidmet werden. Der Stadtrat soll dem Gemeinderat zudem alle vier Jahre einen öffentlichen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Hitzeminderungsmassnahmen erstatten, inklusive einer Übersicht der Kosten. Wir sind der Meinung, dass diese Informationen der Öffentlichkeit transparent zugänglich gemacht werden müssen.

Folgekosten des Nichthandelns dürften erheblich sein

Die Umsetzung der in der Fachplanung Hitzeminderung vorgesehenen Handlungsansätze und Massnahmen ist mit Investitionen verbunden. Diese gilt es als Investition in die Zukunft zu verstehen. Sie müssen den Folgekosten des Nichthandelns gegenübergestellt werden. Wie zahlreiche Studien zeigen, übersteigen die Kosten von Weiter-wie-bisher-Szenarien (sogenannte «costs of inaction») die Kosten von Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen um ein Vielfaches. Es ist deshalb wichtig die Umsetzung der Fachplanung Hitzeminderung im Gesamtkontext zu beurteilen: Die durch die Klimaerwärmung in der Stadt zu erwartenden Folgekosten wie z.B. Gesundheitskosten, Infrastrukturkosten, Kosten für die städtische Wirtschaft wegen Leistungseinbussen oder Arbeitsausfällen etc. müssen zwingend mitbetrachtet werden. Wir grünliberale haben deshalb einen heute zur Debatte stehenden Vorstoss initiiert und miteingereicht, der eine Gegenüberstellung dieser Kosten fordert und damit eine fundierte Beurteilung der jeweiligen Investitionen ermöglichen soll.